

**Mieke Senftleben**

und Schulen usw. Herr Senator! Diese Ihre Kehrtwende bedarf einer Erklärung.

[Beifall bei der FDP]

Als Mediziner wissen Sie: Wer zu lange die richtige Diagnose verweigert, kann lediglich in Not operieren, und da ist der Erfolg fraglich. Sie haben vier Jahre vertan, und das ist ein schlechtes Zeugnis.

[Beifall bei der FDP]

Die Grünen denken nun wieder laut über die Abschaffung der Gymnasien nach. Es wird nur das wiederholt, was Kollege Mutlu immer wieder thematisiert hat, nämlich die Gymnasien langfristig aufzugeben. Der Traum der sogenannten Einheitsschule oder Gemeinschaftsschule ist immer noch nicht ausgeträumt. Ich meine: Wenn die Grünen weiterhin diese bildungspolitischen Unruhestifter spielen, dann ist auch das ein aktueller Anlass.

[Beifall bei der FDP]

Aber die wahre grüne Klientelpolitik entpuppt sich bei der populistischen Forderung nach der Wiederverbeamtung der Lehrer. Mir fällt da nur ein Wort ein, verehrte Grüne: einfältig, nichts anderes als einfältig.

[Beifall bei der FDP]

Ihr Ruf nach einer verbeamteten Schule für alle wird dem Problem in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil, er verhindert die notwendigen Reformen hin zu mehr Qualität an Berliner Schulen, und außerdem wird er auf Pump finanziert, das heißt, zulasten der zukünftigen Generation.

Bildung ist und bleibt ein Thema für die Berliner und Berlinerinnen, und daher sollte auch diese aktuelle Entwicklung nicht so einfach und klammheimlich unter den Parlamentstisch fallen. – Danke!

[Beifall bei der FDP]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Frau Kollegin Senftleben! – Ich lasse nun zunächst über den Antrag der Koalitionsfraktionen abstimmen. Wer dem Thema „Terrorgefahr: Sicherheitswarnungen ernst nehmen, Bürger aufklären, besonnen agieren“ zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP ist das Thema angenommen. Ich rufe das Thema für die Aktuelle Stunde unter dem Tagesordnungspunkt 3 auf. Die anderen Themen haben damit ihre Erledigung gefunden.

Dann möchte ich Sie auf die Ihnen vorliegende Konsensliste sowie auf das Verzeichnis der Dringlichkeiten hinweisen. Ich gehe davon aus, dass allen eingegangenen Vorgängen die dringliche Behandlung zugebilligt wird. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, so bitte ich um Ihre Information.

Folgende Senatsmitglieder sind für die heutige Sitzung entschuldigt: Senator Dr. Körting wird von ca. 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr abwesend sein, um an einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Integration teilzunehmen. Während der Aktuellen Stunde wird der Innensenator jedoch anwesend sein. Frau Senatorin Bluhm wird bis ca. 18:00 Uhr abwesend sein, weil sie auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Wiesbaden ist. Der Regierende Bürgermeister wird ab ca. 19:45 Uhr abwesend sein, um an der A-Länder-Vorbesprechung für den Bundesrat teilzunehmen.

Ich komme nun zu

**1fd. Nr. 1:****Fragestunde – Mündliche Anfragen**

Zur ersten Mündlichen Anfrage hat Frau Abgeordnete Ulrike Neumann von der SPD-Fraktion das Wort zum Thema

**Frauenförderung: Eingliederungsprojekte auf dem Arbeitsmarkt erhalten!**

– Bitte schön, Frau Neumann!

**Ulrike Neumann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! – Ich frage den Senat:

1. In welcher Weise sind nach Erkenntnissen des Senats das Projekt der Stadtteilmütter und andere Projekte zur Eingliederung von z. B. älteren arbeitslosen Frauen bzw. Frauen, die nach der Kinderpause wieder in den Beruf zurückkehren wollen, von der Streichung der Mittel auf Bundesebene betroffen?
2. Welche Auswirkungen wird die Kürzung auf Bundesebene speziell für die Situation der Frauen auf dem Berliner Arbeitsmarkt haben, und welche Maßnahmen plant der Senat gegen den Wegfall der Unterstützung von Frauen im Bereich der Arbeitsmarktprojekte und für die Abfederung dieser Auswirkungen?

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön! – Zur Beantwortung hat Frau Staatssekretärin Liebich das Wort. – Bitte schön, Frau Liebich!

**Staatssekretärin Kerstin Liebich** (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete Neumann! Die Bundesregierung hat in der Tat die Haushaltsmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2011 drastisch gekürzt. Das bedeutet, dass für die Eingliederung von Arbeitslosen im Bereich des SGB-II wesentlich weniger Mittel zur Verfügung stehen. Insgesamt macht es in Berlin eine Reduzierung des Eingliederungstitels von ca. 30 Prozent aus – das werden ungefähr 200 Millionen Euro sein. Die genauen

**Staatssekretärin Kerstin Liebich**

Beträge stehen noch nicht fest, da die Haushaltsberatungen im Bundestag noch laufen.

Die Bundesregierung ordnet diese Kürzung nicht einzelnen Instrumenten zu, sie argumentiert vielmehr, dass durch das Anziehen der Konjunktur eine verbesserte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu erwarten sei und sie davon ausgeht, einen effizienteren Mitteleinsatz in den Jobcentern zu vollziehen. Im Moment planen die Berliner Jobcenter auf der Grundlage der Annahmen, die sie zu den Haushaltsmitteln haben, in welchem Umfang sie einzelne Arbeitsinstrumente einsetzen werden. Genauere Planungen liegen uns dazu noch nicht vor. In Anbetracht der Kenntnisse, die wir schon haben – dass im nächsten Jahr für die aktive Arbeitsmarktförderung ungefähr 200 Millionen Euro fehlen werden – haben wir uns schon vor einiger Zeit mit der Regionaldirektion bzw. der Bundesagentur für Arbeit zusammengesetzt und versucht, über den Einsatz der Mittel von Bund und Land miteinander zu verhandeln, um an dieser Stelle Entlastung zu schaffen. Wir sind in mehreren Gesprächen noch nicht zu einer Einigung gekommen. Wir haben gegenüber der Regionaldirektion sehr deutlich gemacht, dass pauschale Kürzungen im Eingliederungstitel – z. B. im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung – bzw. pauschale Zuweisungen von Mitteln für Eingliederung, Qualifizierung und Weiterbildung von uns nicht als sachgerecht angesehen werden. Wir gehen davon aus, dass bei der Planung im Eingliederungstitel für bestimmte Zielgruppen – z. B. auch die, die Sie, Frau Neumann, angesprochen haben – geklärt wird, welche Fähigkeiten, Kompetenzen und Defizite die SGB-II-Empfangenden haben und dies genauso berücksichtigt wird wie die konkrete Situation am Arbeitsmarkt.

Wir gehen davon aus, dass in den Jobcentern ein ausgewogener Maßnahmenmix geplant ist und auch entsprechend unterschiedliche Zielgruppen bei der Ausgestaltung ihre Berücksichtigung finden. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir als Land Berlin erwarten, dass nicht nur auf der Seite des Bundes passive Leistungen eingespart werden, sondern dass auch die aufstockenden Leistungen in Form der Kosten der Unterkunft bei dem Einsatz von Eingliederungsmitteln eingespart werden können. Frau Bluhm hat sich inzwischen auch schriftlich an die Regionaldirektion gewandt.

Ich möchte noch etwas konkret zum Projekt Stadtteilmütter sagen: Bei diesem Projekt ist es so, dass wir eine jahresübergreifende Förderabsprache haben, sodass wir davon ausgehen können, dass mit dem Jobcenter Neukölln, dem Bezirksamt Neukölln, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales die Projektfinanzierung für das Jahr 2011 gesichert ist.

Sehr geehrte Frau Neumann! Zu Ihrer zweiten Frage: Wie ich bereits dargestellt habe, können wir die Auswirkungen der Kürzungen, insbesondere auch auf spezielle Zielgruppen, zur Zeit durch die Planungssituation in den Jobcen-

tern noch nicht exakt benennen. Wir können davon ausgehen, dass es bei der individuellen Förderung von Frauen – z. B. im Rahmen der beruflichen Weiterbildung – keine wesentlichen Reduzierungen gibt. Gleichwohl muss man ganz deutlich sagen: Bei 200 Millionen Euro weniger im Eingliederungstitel wird es insbesondere im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt zu erheblichen Einschränkungen kommen – das betrifft insbesondere die Projektförderung. Wir haben von Landesseite gegenüber den Jobcentern und der Regionaldirektion noch einmal deutlich gemacht, dass wir Landes-Kofinanzierung zur Verfügung stellen. Wir gehen davon aus, dass die Jobcenter in Anbetracht der schwierigen Situation im Eingliederungstitel dieses Angebot annehmen werden. Am 1. Dezember werden wir mit den Jobcentern darüber noch einmal beraten. Heute Vormittag sind wir mit der Regionaldirektion übereingekommen, dass wir den Jobcentern gemeinsam – also Regionaldirektion und Land – einen Orientierungsrahmen an die Hand geben wollen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Frau Staatssekretärin! – Es gibt eine Nachfrage von Frau Kollegin Neumann.

**Ulrike Neumann (SPD):**

Vielen Dank für die Beantwortung! Ich habe noch eine Frage: Seitens der Bundesregierung gibt es eine Verlagerung der Förderschwerpunkte vom sozialen hin zum baulichen Bereich. Davon sind eher Frauenarbeitsplätze betroffen, die vielleicht wegfallen, während im Baubereich mehr für Männerarbeitsplätze getan wird. Wie schätzen Sie das ein?

**Präsident Walter Momper:**

Frau Staatssekretärin – bitte!

**Staatssekretärin Kerstin Liebich** (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Ich will hoffen, dass auch im Baubereich inzwischen Frauen tätig sind – zumindest im Land Berlin gibt es ja einige Projekte, die daran ihren Anteil haben. Grundsätzlich muss man sagen, dass die Einschnitte, die die Bundesregierung im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik vollziehen wird, und die Hoffnung auf eine Konjunktur von uns nicht geteilt werden. Wir werden im nächsten Jahr erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, dass insbesondere Frauen und Alleinerziehende, die in Berlin einen hohen Anteil ausmachen, an den Eingliederungsmitteln im Bereich SGB II und SGB III partizipieren können.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Frau Staatssekretärin! – Es gibt eine Nachfrage von Frau Kollegin Kofbinger – bitte!

**Anja Kofbinger** (Grüne):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Staatssekretärin! Ich möchte es von Ihnen etwas konkreter haben: Die frauenpolitischen Sprecherinnen hatten letzten Dienstag ein Treffen mit den Projekten, die im Bereich Arbeitsmarkt, Qualifikation und Weiterbildung tätig sind. Sie haben große Angst, weil bei manchen Trägern und Projekten bereits ab dem 1. Januar 2011 Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen – teilweise aus dem Bereich ÖBS, teilweise aus anderen Mitteln. Nun sagen Sie, dass Sie sich am 1. Dezember treffen möchten – wann werden Sie denn konkreter? – Diese Frauen haben – zu Recht – Angst um ihre Arbeitsplätze!

**Präsident Walter Momper:**

Frau Staatssekretärin – bitte!

**Staatssekretärin Kerstin Liebich** (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Ich will an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich machen, dass wir von Landesseite bisher erhebliche Anstrengungen unternommen haben und uns von der Regionaldirektion bis zum heutigen Tag keine konkreten Planungen – sowohl was den Anteil, den das Land Berlin insgesamt erwarten kann, aber auch was die Planungen in den einzelnen Jobcentern betreffen – vorgelegt wurden. Wir gehen nach Rücksprache davon aus – wir haben gestern noch einmal mit unseren Stadträten zusammengesessen, die in den Trägervertretungen sitzen –, dass insbesondere bei der Qualifizierung und Weiterbildung auch die Frauenprojekte entsprechend nicht mit erheblichen Einschnitten zu rechnen haben, weil in den Jobcentern in der Regel weiterhin auf dem Niveau wie im Vorjahr geplant wird.

Allerdings wird es bei allen Projekten, die mit Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante und Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zu tun haben, zu erheblichen Reduktionen kommen. Das wiederum – und das kann ich nur nach bisheriger Kenntnislage sagen und über Annahmen reden; ich habe keine bestätigten Zahlen – gestaltet sich in den einzelnen Jobcentern sehr unterschiedlich. Wir müssen von Spreizungen von 5 bis 95 Prozent Einsparungen in den Jobcentern in diesem Bereich ausgehen. Wir haben heute noch einmal gegenüber der Regionaldirektion deutlich gemacht, dass das für uns kein akzeptabler Planungsstand ist.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön!

Jetzt geht es weiter mit einer Anfrage des Kollegen Steuer von der CDU-Fraktion zu dem Thema

#### **Schülerlotterie auf der Zielgeraden?**

– Bitte schön, Herr Steuer!

**Sascha Steuer** (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. An wie vielen Schulen gab es zu Beginn dieses Schuljahres mehr Anmeldungen als Plätze, und an wie vielen Schulen wird es demnach im kommenden Jahr zum Verlosen von Schulplätzen kommen?
2. Wie viele Schulen haben neue Regeln für ihre Aufnahmeverfahren eingereicht, und wie soll gewährleistet werden, dass diese noch in die Elterninformationen einfließen, die zur Schulwahl durch die Eltern benötigt werden?

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön! – Der Bildungsminister, Herr Prof. Zöllner, bitte!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner** (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Zur Frage 1: Im kommenden Schuljahr wird sich das Auswahlverfahren an den Gymnasien und an den integrierten Sekundarschulen, die mehr Anmeldungen als Plätze haben, ändern. Es ist dann endlich vorbei mit der Auswahl nach dem BVG-Minutenplaner im Internet, wonach das Kind aufgenommen wird, das eine Minute näher an der Schule wohnt als ein anderes. Schulen in Berlin können zum kommenden Schuljahr – übrigens erstmals – bis zu 70 Prozent ihrer Schulplätze nach eigenen Kriterien auswählen. Nur an übernachgefragten Schulen – das bezieht sich auf beide Schularten – wird ein Anteil von 30 Prozent der Plätze durch Losentscheid vergeben.

Nun zum konkreten Aspekt Ihrer Frage: Es gab in diesem Schuljahr 39 integrierte Sekundarschulen und 40 Gymnasien, die mehr Anmeldungen als Plätze hatten. Damit sind rund 42 Prozent der Gymnasien und 33 Prozent der Sekundarschulen übernachgefragt. Eine Prognose über das Anmeldeverhalten der Eltern im kommenden Schuljahr lässt sich daraus verantwortlich nicht ableiten.

Zweitens: Die Schulen hatten bis zum 12. November Zeit, ihre Auswahlkriterien für den Fall festzulegen, dass es an ihnen mehr Anmeldungen als Plätze gibt. Derzeit werden die Kriterien von der Schulaufsicht und den entsprechenden bezirklichen Schulämtern geprüft. Das Genehmigungsverfahren wird spätestens am 17. Dezember abgeschlossen sein. In den meisten Fällen erfahren die Schulen aber bereits vorher, ob ihre Kriterien rechtssicher sind und damit genehmigt werden.

Insgesamt haben 154 von 192 Schulen Kriterien zur Aufnahme bei Übernachfrage eingereicht. 38 haben keine Kriterien festgelegt. Das heißt, an diesen Schulen richtet sich gegebenenfalls eine erforderliche Auswahl von Schü-